

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 12

vom 28. März 2013
Redaktion: Katja Richardt

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Winternotprogramm schützt in kalten Nächten 2

Umwelt

„Eulenschild“ für Wattenmeer-Nationalparks..... 4

Hamburgs Industrie spart noch mehr CO2 5

Wirtschaft und Hafen

Nord-Ostsee-Kanal: Zukunft sichern..... 7

Gesundheit und Verbraucherschutz

Synergien für effektiven Gesundheitsschutz 9

Kultur

Elbkulturfonds stärkt die Freie Szene 10

Ladengeschäft im Grindelviertel an Hamburger Künstler und Kreative 11

Inneres

Syrien: Verfassungsschutz warnt vor Spenden an islamistische Organisationen 12

Haushalt und Finanzen

Scholz bedauert Klage Bayerns und Hessens gegen Länderfinanzausgleich 14

Internationale Bauausstellung IBA

Eröffnung der Internationalen Bauausstellung: Chance für lang anhaltende positive Impulse..... 15

Zur Information

Terminkalender 17

27. März 2013/basfi27

Winternotprogramm schützt in kalten Nächten

Bis zu 1000 Menschen untergebracht – Senat stellt Hilfe permanent sicher

Jeder, der abends zu den Einrichtungen des Winternotprogramms kommt, kann im Warmen übernachten. Angesichts des unerwartet langen und harten Winters bekräftigt Sozialsenator Detlef Scheele den Grundsatz: „Niemand wird abgewiesen.“ Sämtliche Einrichtungen des Winternotprogramms werden bis Mitte April weiter betrieben. Die Nachfrage ist insbesondere durch zugereiste Osteuropäer und Afrikaner derzeit unerwartet hoch.

Nachdem der Vorgängersenat wegen der Unterbringung im Bunker unter dem Hachmannplatz in die Kritik geraten war, baute der SPD-Senat das Winternotprogramm aus. Es entstanden neue Plätze: In diesem Winter standen insgesamt 925 zur Verfügung, darunter auch 92 Plätze in Kirchengemeinden. (Im Winter 2011/2012 waren es insgesamt 576.) Das Angebot ist im Vergleich mit anderen deutschen Städten sehr gut. „Unser Winternotprogramm betrachten wir als Pflicht, nicht als politische Kür“, sagt **Senator Detlef Scheele**. „Seit Jahren richtet es sich an die Menschen, die das ganze Jahr über auf den Straßen der Stadt leben. Unter gewöhnlichen Umständen hätten wir nun viel Platz gehabt. Auch noch mehr kleinere Unterkünfte wären möglich gewesen.“ Dies sei zwar teilweise gelungen, etwa in Jenfeld, wo 100 zusätzliche Schlafplätze zum Winternotprogramm hinzukamen. Allerdings kamen zuletzt sämtliche Einrichtungen an ihre Kapazitätsgrenzen: Jüngst übernachteten dort insgesamt während einer Nacht nahezu 1000 Menschen. Nicht alle konnten in Betten schlafen.

Einige Einrichtungen, darunter beispielsweise die in der Spaldingstraße, nutzen zu deutlich mehr als 50 Prozent Rumänen, Bulgaren sowie Afrikaner, die mit Passersatzpapieren über Italien nach Hamburg kommen. Deshalb betont Senator Scheele: „Wer nicht Deutsch spricht und keine Ausbildung hat, ist hier nahezu chancenlos. Diese Menschen sollten im eigenen Interesse gar nicht erst kommen.“ Rund 240 Osteuropäer reisten in diesem Winter mit Hilfe der Anlaufstelle für Osteuropäer bereits wieder in ihre Heimat zurück. Ein Teil der Menschen übernachtet im Sommerhalbjahr erfahrungsgemäß aber auch in Hamburger Gruppenwohnungen und nutzt von November bis April dann gezielt das Winternotprogramm.

„Wir müssen uns darauf einstellen, dass weiterhin viele Menschen aus Europa hierherkommen“, so der Senator. Auf seine Initiative startete im Februar eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe: Derzeit arbeiten deren Untergruppen zu den Themen Integration, Betreuung und Bildung für Kinder, Leistungsrecht, Gesundheitssituation und grenzüberschreitende Krankenversicherung. Im Mai trifft sich die AG erneut. „Ziel ist, dass auf EU-Ebene Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in den Herkunftsländern auf

den Weg gebracht werden“, sagt Senator Scheele. „In Zusammenarbeit mit den Konsulaten und Hilfsorganisationen wollen wir die Menschen zur Rückkehr bewegen. Denn hier haben sie einfach keine Chance oder landen in prekärer Schwarzarbeit. Und wir brauchen zudem Unterstützung von der Bundesregierung bei der Unterbringung, bei der Beschulung und bei der Kinderbetreuung.“

Das Winternotprogramm endet am 15. April. Anschließend legt die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) die Auswertung vor. „Schon jetzt danke ich allen Mitarbeitern des Winternotprogramms ausdrücklich für den bewundernswerten und überdurchschnittlichen Einsatz in diesem Winter“, so Senator Scheele.

Hintergrundinformationen: Herkunft der Menschen im Winternotprogramm

In der Spaldingstraße übernachteten von November bis Februar zu 19 Prozent Menschen aus Deutschland, zu 52 Prozent aus osteuropäischen Staaten und zu elf Prozent aus afrikanischen Staaten (diese kamen in der Regel über Italien oder Spanien nach Hamburg). 18 Prozent der Menschen verteilten sich auf andere Regionen. In anderen Einrichtungen sind die Zahlen ähnlich – sofern bereits eine Auswertung vorliegt.

Von Beginn des Winternotprogramms am 1. November 2012 bis zum 28. Februar 2013 wurden 836 Menschen aus Osteuropa in der Beratungsstelle der Stadt betreut. Für 243 Personen konnte – zusammen mit dem Projekt PLATA (Straßensozialarbeit für Obdachlose aus osteuropäischen Staaten) – eine freiwillige Rückkehr in ihr jeweiliges Heimatland organisiert werden.

Im Haushaltsplan 2013/2014 stehen für das aktuelle Winternotprogramm 700.000 Euro zur Verfügung. Aufgrund des langen Winters und der starken Zuwanderung werden die Mittel voraussichtlich nicht ausreichen. Die genauen Zahlen teilt die BASFI im Rahmen der Abschlussbilanz mit.

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
Hamburger Straße 47 | 22083 Hamburg |
Pressestelle | Olaf Dittmann
T +49 40 428 63 - 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |
pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

27. März 2013/bsu27

„Eulenschild“ für Wattenmeer-Nationalparks

Länderübergreifend einheitliche Schilder erleichtern die Orientierung

Drei Bundesländer, drei Schutzgebiete, ein Lebensraum: Ab Saisonbeginn werden die Nationalparks Hamburgisches, Niedersächsisches und Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer mit dem gleichen Schutzgebiets-Schild gekennzeichnet sein. Eine weiße Eule mit Schriftzug „Nationalpark“ auf blauem Grund macht an den wichtigen Eingängen und Übergängen einprägsam auf den Nationalpark aufmerksam.

In Hamburg und Niedersachsen werden die Arbeiten jetzt zum Saisonbeginn weitestgehend abgeschlossen sein, in Schleswig-Holstein wurden die Schilder bereits im vergangenen Herbst erneuert. Das Nationalpark-Eulen-Schild signalisiert, dass sich hier ein Gebiet von herausragendem Wert für die Natur befindet.

„So wird gewährleistet, dass die Gäste eine einheitliche Information mit Wiedererkennungswert erhalten“, erklärt Dr. Klaus Janke, Leiter der Nationalparkverwaltung in Hamburg. „Bislang haben die drei Küstenländer Schilder mit eigenen Logos verwendet“, ergänzt Peter Südbeck, Parkleiter in Niedersachsen. „Mit den neuen Schildern haben wir uns an die in Deutschland bekannten Schutzgebiets-Kennzeichen von Nationalparks, Biosphärenreservaten und Naturschutzgebieten gehalten.“

„Nationalpark“ steht weltweit für die höchste Kategorie im gesetzlichen Naturschutz. Vergleichbar mit Verkehrszeichen bedeuten die blau-weißen Schilder, dass ab diesem Punkt eindeutige gesetzliche Regeln gelten, z. B. Anleinplicht für Hunde. Die Natur hat hier Vorfahrt! Der Nationalpark besticht durch die Faszination ungestörter Natur und ist ein herrliches Ziel für Oster-Ausflügler. Mehr Informationen gibt es unter www.nationalpark-wattenmeer.de

Rückfragen der Medien:

Kerstin Graupner

Pressestelle Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Tel. 040 42840-3249

Mail: pressestelle@bsu.hamburg.de



INDUSTRIE
VERBAND
HAMBURG



27. März 2013/27a

Hamburgs Industrie spart noch mehr CO₂

15 große Hamburger Unternehmen haben ihre freiwillige Selbstverpflichtung von 2007 bis 2018 erneuert

Fünfzehn große Hamburger Unternehmen haben heute im Rathaus eine Vereinbarung unterzeichnet, mit der sie sich verpflichten, durch zusätzliche Investitionen in die Produktionstechnik ihren Energieverbrauch zu senken und ab Ende 2018 jährlich mindestens weitere 150.000 Tonnen CO₂ zu sparen. Damit wird die 2007 begonnene Freiwillige Selbstverpflichtung von einer halben Million Tonne Einsparung pro Jahr fortgesetzt und erweitert.

Die fünfzehn Unterzeichner sind: ADM Hamburg AG, ArcelorMittal Hamburg GmbH, Aurubis AG, Daimler AG Mercedes-Benz Werk Hamburg, Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, H & R Ölwerke Schindler GmbH, HHLA Hamburger Hafen- und Logistik AG, HOLBORN Europa Raffinerie GmbH, Hydro Aluminium Rolled Products GmbH, INDAVER Deutschland GmbH, Ingredion Germany GmbH, Lufthansa Technik AG, SASOL Wax GmbH, Stadtreinigung Hamburg AöR und TRIMET ALUMINIUM AG.

Darüber hinaus gibt es mit den Energieversorgern Vattenfall Europe AG (gehörte 2007 zum Kreis der Erstunterzeichner), E.ON Energie AG und E.ON Hanse AG separate Kooperationsvereinbarungen, mit denen eine weitere CO₂-Emissionsreduktion von ca. 300.000 Tonnen erzielt werden soll. Damit würden durch die Freiwillige Selbstverpflichtung und die zusätzliche Kooperationsvereinbarung mit Vattenfall und E.ON im Zeitraum 2008 bis 2018 **rund 950.000 t CO₂ pro Jahr** in Hamburg eingespart werden.

Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Jutta Blankau: „Diese Vereinbarung zeigt, dass Hamburgs Industrie beim Klimaschutz freiwillig und erfolgreich neue Wege gemeinsam mit der Politik geht. Die Selbstverpflichtung der Hamburger Unternehmen findet bundesweit Beachtung. Der Senat arbeitet seit Jahren intensiv mit der Hamburger Wirtschaft zusammen, um freiwillige Maßnahmen zur Ressourceneffizienz in Unternehmen anzuschließen, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen. Die Betriebe werden dabei durch Förderprogramme unterstützt. Hier sind Senat und Wirtschaft bundesweit Vorreiter.“

Vorsitzender des IVH Industrieverband Hamburg e.V. und Vizepräsident der Handelskammer Hamburg, Michael Westhagemann: „Hamburgs Industrie zeigt mit der heutigen Unterzeichnung ihre Entschlossenheit, die Klimaschutzziele des Senats nachhaltig zu unterstützen. Die Wirtschaft setzt

mit ihrem industriellen Sektor heute zum wiederholten Mal ein deutliches Zeichen für praktischen Umweltschutz durch Effizienz steigernde Technik! Das System der Freiwilligen Selbstverpflichtungen hat sich in der langjährigen Praxis bewährt und belegt, wie eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Behörden und Unternehmern effektiv und ohne gesetzgeberischen Aufwand funktionieren kann."

Senat, Industrieverband Hamburg e.V. und die Handelskammer Hamburg nehmen den Abschluss der neuen Selbstverpflichtung zum Anlass, den Unterzeichnern aus dem Kreis der Hamburger Industrie für ihre erbrachte und die mit der neuen Selbstverpflichtung angekündigte Leistung in Hamburg zu danken.

Hintergrund:

Bereits im Zuge des Klimaschutzkonzepts 2007-2012 verpflichteten sich elf Hamburger Unternehmen im Rahmen einer ersten Freiwilligen Selbstverpflichtung von 2008-2012 mindestens 500.000 Tonnen CO₂-Emissionen zu reduzieren. Dieses Ziel wurde mit jährlich rund 515.00 Tonnen CO₂ weniger CO₂-Ausstoß sogar überschritten. Ca. 40.000 t wurden durch Projekte erzielt, die durch das BSU-Förderprogramm „Unternehmen für Ressourcenschutz“ finanziell unterstützt wurden. Die neue, zweite Phase der Einsparung wird für die beteiligten Betriebe teurer und damit weniger rentabel – viele Maßnahmen, die viel CO₂ mit weniger Mitteln vermeiden, sind bereits umgesetzt. Das und die separate Kooperationsvereinbarung mit Vattenfall und E.ON begründen das im Vergleich zur ersten Phase geringere Einsparziel.

Die elf Erstunterzeichner der ersten Phase von 2008-2012 waren:

ADM Hamburg AG, ArcelorMittal Hamburg GmbH, Aurubis AG, H & R Ölwerke Schindler GmbH, HOLBORN Europa Raffinerie GmbH, AVG Abfallverwertungs-Gesellschaft mbH, (mit INDAVER Deutschland GmbH), Lufthansa Technik AG, SASOL Wax GmbH, Stadtreinigung Hamburg AöR, TRIMET ALUMINIUM AG und Vattenfall Europe AG.

Rückfragen der Medien:

Kerstin Graupner

Pressestelle Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Tel.: 040 / 42840-2051,

Mail: Pressestelle@bsu.hamburg.de

28. März 2013/bwvi28

Nord-Ostsee-Kanal: Zukunft sichern

Hamburg tritt der „Initiative Kiel-Canal“ bei

Der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) ist die meistbefahrene künstliche Wasserstraße der Welt. Senator Horch: „Ein großer Anteil der Feederverkehre zwischen dem Hamburger Hafen und der Ostsee gehen durch den NOK. Als wichtigste Drehscheibe für Verkehre in die und aus der Ostsee ist Hamburg auf einen leistungsfähigen und zuverlässigen NOK angewiesen.“

Durch Behinderungen am NOK entsteht ein beträchtlicher volkswirtschaftlicher Schaden für die Reedereien und den Standort Deutschland. Reedereien müssen lange Wartezeiten in Kauf nehmen oder den 460 Kilometer längeren Weg rund um Skagen nehmen.

Hamburg setzt sich für einen leistungsstarken NOK ein. Insbesondere die nachfolgend genannten Maßnahmen sind dringend erforderlich:

- Bau der 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel,
- Grundinstandsetzung der beiden großen Schleusen in Brunsbüttel,
- Grundinstandsetzung der Schleusenanlage Kiel-Holtenau,
- Ersatzneubau der Lebensauer Hochbrücke,
- Anpassung der NOK-Oststrecke,
- Vertiefung des NOK.

Senator Horch: „Hamburg hat im engen Schulterschluss mit Schleswig-Holstein dem Bund gegenüber immer wieder auf die Herstellung eines gesichert leistungsfähigen NOK gedrängt. Dies ist eines von vielen Beispielen für unsere gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.“

Als zusätzliches Zeichen des gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Interesses tritt Hamburg der „Initiative Kiel-Canal“ bei, um sich gemeinsam mit allen Beteiligten auch auf diesem Weg für eine Bereitstellung der erforderlichen Gelder und einen straffen Zeitplan für die Umsetzung der Maßnahmen einzusetzen. Senator Horch: „Die Initiative Kiel-Canal ist ein wichtiger Beitrag für die Zukunft des Nord-Ostsee-Kanals. Alle betroffenen Unternehmen und Institutionen sind aufgerufen, sich hier zu engagieren.“

Die „Initiative Kiel-Canal“ wurde im Dezember letzten Jahres von der Bundeslotsenkammer, der IHK Kiel, den Lotsenbrüderschaften NOK I und NOK II/Kiel/Lübeck/Flensburg, den Firmen Sartori & Berger und United Canal Agency GmbH und dem Verein der Kanalsteuerer gegründet. Zweck des Vereins (i.Gr.) ist die Förderung des Erhalts und die Erhöhung der verkehrsinfrastrukturellen Leistungsfähigkeit des NOK und seiner Schleusen.

Das Land Schleswig-Holstein, vertreten durch das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Wirtschaftsminister Meyer, hat ebenfalls seinen Beitritt erklärt.

Rückfragen:

Helma Krstanoski

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Tel.: 040 42841 1326

E-Mail: helma.krstanoski@bwvi.hamburg.de

28.03.2013/hu28

Synergien für effektiven Gesundheitsschutz

Hafen- und Flughafenärztlicher Dienst wird Teil des Instituts für Hygiene und Umwelt

Der Hafen- und Flughafenärztliche Dienst (HÄD), der bislang Teil des Zentralinstituts für Arbeitsmedizin und Maritime Medizin (ZfAM) war, wird künftig dem Institut für Hygiene und Umwelt (HU) angehören. Beide Institute sind Teil der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz. Durch die organisatorische Verlagerung des HÄD bzw. die Zusammenlegung mit dem HU sollen Synergien für den Gesundheitsschutz genutzt werden.

Der HÄD, der am 1. April 1893 mit dem ersten Hamburger Hafenarzt Prof. Dr. Bernhard Nocht gegründet wurde, nimmt die amtsärztlichen Aufgaben des Infektions- und Gesundheitsschutzes im Hafen, auf Schiffen und am Flughafen wahr. Die Anbindung des HÄD an das HU ist sinnvoll, da es mehrere gemeinsame Aufgabengebiete gibt, von den Themen Reisemedizin und Impfungen über den Infektionsschutz bis hin zur Schiffshygiene. Durch die neue Struktur können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter effektiver agieren und entstehende Synergien für den Gesundheitsschutz genutzt werden.

Die bisherige Bezeichnung Hamburg Port Health Center (HPHC) bleibt dem HÄD erhalten. Dienstsitz bleibt zunächst die Seewartenstraße in Hamburg-St. Pauli.

Rückfragen der Medien:

Pressestelle des Instituts für Hygiene und Umwelt
Sinje Lehmann; Tel.: 040/ 428 45-7304
E-Mail: pressestelle@hu.hamburg.de; Internet: www.hamburg.de/hu

26.03.2013/Kb26

Elbkulturfonds stärkt die Freie Szene

Erstmals stehen 500.000 Euro für innovative Kunst- und Kulturprojekte zur Verfügung – Bewerbungsfrist bis 13. Mai 2013

Aus den Einnahmen der Kultur- und Tourismustaxe stehen dieses Jahr erstmals auch für innovative Projekte der Freien Szene 500.000 Euro aus dem neu aufgelegten Elbkulturfonds zur Verfügung. Unterstützt werden hochwertige und innovative Kunst- und Kulturprojekte aus verschiedenen Bereichen wie zum Beispiel Tanz, multimediale Installation, Performance, freies Theater, bildende Kunst, aktuelle Musik und Literatur.

Kultursenatorin **Prof. Barbara Kisseler**: „Mit dem Elbkulturfonds schaffen wir eine neue, spartenübergreifende Förderung für Projekte der Freien Kunst- und Kulturszene. Damit fördern wir in Hamburg mit den neu eingeworbenen Mitteln aus der Kultur- und Tourismustaxe die kulturelle Vielfalt in Hamburg. Mit der halben Million Euro aus dem Elbkulturfonds sollen neue Projekte ermöglicht werden, die auch eine überregionale Strahlkraft entfalten.“

Aus Mitteln des Elbkulturfonds werden ab 2013 innovative Projekte mit hoher inhaltlicher Qualität gefördert, die möglichst spartenübergreifend angelegt sind. Die Projekte sollen für Hamburg erarbeitet und in Hamburg präsentiert werden und dabei für ein überregionales Publikum relevant sein. Detaillierte Informationen zu den Förderkriterien des Elbkulturfonds finden Sie unter <http://www.hamburg.de/kulturbehoerde/elbkulturfonds/>. Antragsschluss ist Montag, der 13. Mai 2013. Rückfragen zum Elbkulturfonds gehen an elbkultur@kb.hamburg.de.

Die Mittel stammen aus der in diesem Jahr neu eingeführten Kultur- und Tourismustaxe, aus der 2013 rund 5,6 Millionen Euro zusätzlich für Kulturprojekte zur Verfügung stehen. Eine wechselnde Auswahljury aus externen Fachleuten wird erstmalig im zweiten Quartal 2013 über die Vergabe der Fördergelder 2013 aus dem Elbkulturfonds entscheiden. Über die Vergabe der Fördergelder 2014 soll im vierten Quartal 2013 entschieden werden.

Rückfragen der Medien:

Enno Isermann

Pressestelle der Kulturbehörde

Tel.: 040 / 428 24 – 207

E-Mail: enno.isermann@kb.hamburg.de

27.3.2013/kb27

Ladengeschäft im Grindelviertel an Hamburger Künstler und Kreative

Hamburg Kreativ Gesellschaft ermöglicht Zwischennutzung von Ausstellungsräumen

Die Hamburg Kreativ Gesellschaft übergibt am 1. April ein leer stehendes Ladengeschäft in der Grindelallee 117 an Hamburger Künstler und Kreative. Auf zwei Etagen mit insgesamt 200qm können diese dort temporäre Ausstellungen und Veranstaltungen durchführen oder sogenannte „Pop-up-Stores“ eröffnen. Das Ladengeschäft ist von der Hamburg Kreativ Gesellschaft mit finanzieller Unterstützung der Kulturbehörde angemietet.

Hamburgs Kultursenatorin Prof. Barbara Kisseler: „Das Zwischennutzungskonzept ermöglicht einer Vielzahl von Künstlerinnen und Künstlern besonders günstige Flächen für Ausstellungen und Veranstaltungen anzumieten. Die Kulturbehörde unterstützt damit Künstler und Kreative, die nur für eine kurze Zeit Räume benötigen, um ihre Arbeiten zu präsentieren oder Projekte durchzuführen. Dies hilft bei der Positionierung auf dem Kunstmarkt und in der Öffentlichkeit.“

Egbert Rühl, Geschäftsführer der Hamburg Kreativ Gesellschaft: „Wir schaffen solche Orte, denn sie können Brutstätten sein für Start Ups, für Vernetzungsinitiativen oder für erste Kundenkontakte. Die Hamburg Kreativ Gesellschaft würde gerne deutlich mehr solcher Flächen temporär bereitstellen, deshalb freuen wir uns über jedes weitere Angebot auch von privaten Immobilienbesitzern.“

Die Räume können für 25 Euro pro Woche zwischen einer bis acht Wochen angemietet werden. Die Beschränkung der Nutzungsdauer soll möglichst vielen Künstlern und Kreativen die Chance geben, den Ort zu nutzen, denn für diese Zwischennutzungen gibt es in Hamburg eine große Nachfrage. Den Auftakt macht „Galerie BRD“, eine Gruppe von bildenden Künstlern aus Hamburg, die den Ort für eine multimediale Ausstellung nutzen wird. Die Eröffnung ist in der dritten Aprilwoche geplant.

Rückfragen der Medien:

Laura-Helen Rüge, Pressestelle der Kulturbehörde
Tel.: 040 / 428 24 – 293; laura-helen.ruege@kb.hamburg.de

Patrick Sánchez del Solar; Hamburg Kreativ Gesellschaft
Tel.: 040 / 8797986 – 10; patrick.solar@kreativgesellschaft.org

Landesamt für Verfassungsschutz

27.03.2013/fv27

Syrien: Verfassungsschutz warnt vor Spenden an islamistische Organisationen

Hamburger Anhänger der Hizb ut-Tahrir übergeben Gelder in Syrien / LfV Hamburg berät zum Thema „Spendenaufrufe“

Der Bürgerkrieg in Syrien rückt immer deutlicher ins Zentrum des Interesses von Islamisten in Deutschland. Dies spiegelt sich sowohl in verstärkten Ausreisebemühungen nach Syrien wider als auch in gesteigerten Aktivitäten, Spenden zu sammeln. Auch Hamburger Jihadisten rufen im Internet zu Spenden auf. Hamburger Anhänger der verbotenen Hizb ut-Tahrir haben vor wenigen Wochen vor Ort in Syrien Spendengelder übergeben. Das Landesamt für Verfassungsschutz warnt vor Spenden an solche Organisationen und steht mit seinem Beratungsangebot zur Verfügung.

Im Bürgerkrieg in Syrien haben der al Qaida nahestehenden Gruppen wie die Jabhat al-Nusrah innerhalb der syrischen Oppositionsbewegung an Bedeutung gewonnen. Deshalb findet der syrische Konflikt zunehmend auch die Aufmerksamkeit von in Europa lebenden Islamisten. So wurde der Gründer der verbotenen Millatu-Ibrahim-Bewegung, Mohamed Mahmoud, vor wenigen Tagen in der Türkei festgenommen, als er versuchte, nach Syrien einzureisen. Millatu Ibrahim wurde am 14. Juni 2012 verboten und war auch in Hamburg mit einer starken Struktur vertreten.

Der Bürgerkrieg in Syrien hat mittlerweile zu einer humanitären Katastrophe enormen Ausmaßes geführt. So ist die Zahl der syrischen Flüchtlinge, die sich außerhalb Syriens aufhalten, inzwischen auf über eine Million angestiegen. Zugleich befinden sich auch in Syrien selbst bis zu vier Millionen Menschen auf der Flucht. Insbesondere Kinder leiden unter dem andauernden Krieg. Oft erlebten und erleben sie Gewalt am eigenen Leib oder wurden Zeugen von Gewaltanwendung. Zudem ist die Versorgung mit elementaren Grundgütern nicht gesichert.

Die Lage der syrischen Bürger inner- und außerhalb Syriens spricht insbesondere das Gerechtigkeitsempfinden von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an. Dies versuchen islamistische und jihadistische Gruppierungen auszunutzen, indem sie sich den Jugendlichen als die Garanten der humanitären Versorgung in Syrien präsentieren. Ein Beispiel ist die Vereinigung „an-Nusrah.com“ (Die Unterstützung), die mit Wirksamkeit vom 13. März 2013 vom Bundesminister des Innern verboten wurde. Mit der auch in Hamburg aktiven „Hizb ut-Tahrir“ (HuT, Befreiungspartei) beschäftigt sich eine weitere islamistische Gruppierung intensiv mit den Geschehnissen in Syrien. So haben unter anderem in Hamburg aktive Anhänger der HuT in Syrien Spendengelder übergeben. Es

ist zu befürchten, dass Gelder dieser Art direkt oder indirekt auch für terroristische Aktivitäten genutzt werden könnten.

Es ist bekannt, dass auch jihadistische Kampfgruppen humanitäre Leistungen erbringen. Doch darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Gruppen eine Gesellschaftsordnung auf der Basis der Scharia anstreben und diese rigoros ausüben, wenn sie die Kontrolle über Gebiete gewinnen konnten. Ein Beispiel hierfür war die Entwicklung in Mali.

Neben der finanziellen Unterstützung wollen einzelne Jugendliche aber direkt aktiv werden und sich den Kämpfern in Syrien anschließen. Es gibt daher mittlerweile eine wachsende Zahl ausländischer Kämpfer. Die Mehrheit dieser Kombattanten in Syrien rekrutiert sich aus den arabischen Ländern. Aber auch in europäischen Staaten sind entsprechende Bewegungen zu beobachten. So warnte der Nationale Koordinator für Terrorbekämpfung und Sicherheit in den Niederlanden (NCTV) kürzlich vor der Gefahr, die von Niederländern ausgeht, die sich an den Kämpfen in Syrien beteiligt haben und demnächst nach Europa zurückkehren könnten. Waren es zunächst nur einige wenige, so spricht der NCTV mittlerweile von etwa 100 Personen, die aus den Niederlanden in die Region des Nahen und Mittleren Ostens ausgewandert seien, wobei viele vermutlich das Ziel Syrien hätten.

Beratungsangebot des Hamburger Verfassungsschutzes

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hamburg weist aus diesen Gründen auf die Gefahr hin, dass islamistische Gruppen das Gerechtigkeitsbedürfnis von Jugendlichen ausnutzen, um Gelder und Personen für den Krieg in Syrien zu akquirieren. Wer humanitäre Hilfe leisten will, sollte sich über die Angebote etablierter und seriöser Hilfsorganisationen informieren. Das LfV Hamburg steht betroffenen Eltern, Angehörigen, Lehrern und natürlich auch den Jugendlichen selbst als Ansprechpartner zur Verfügung, wenn sie Fragen zu bestimmten Gruppierungen und Spendenaufrufen haben. Telefon: (040) 24 44 43.

E-Mail: info@verfassungsschutz.hamburg.de

Rückfragen der Medien:

Behörde für Inneres und Sport, Landesamt für Verfassungsschutz

Marco Haase, Tel. 040 - 42839-2007 oder -2521

E-Mail: info@verfassungsschutz.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/verfassungsschutz

25. März 2013/pr25

Scholz bedauert Klage Bayerns und Hessens gegen Länderfinanzausgleich

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz hat die Klage der Ländern Bayern und Hessen gegen den Länderfinanzausgleich bedauert. Bund und Länder müssten ohnehin bis 2020 Lösungen für diverse umfangreiche finanzpolitische Themen finden, so zum Beispiel für den Umgang mit der Schuldenbremse, mit weiterhin strukturschwachen Regionen, für die Anforderungen der EU oder eben für den Länderfinanzausgleich. „Es wäre klüger gewesen, mit allen Beteiligten eine Neuordnung zu erarbeiten, die für alle gut und akzeptabel ist“, sagte Scholz am Montag. Die Bundesländer seien willens und fähig, eine Lösung des Konflikts zu erzielen, und ein von allen akzeptierter Fahrplan für die anstehenden Verhandlungen liege seit dem vergangenen Herbst vor. Zuvor hatten Bayern und Hessen Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen den Länderfinanzausgleich eingereicht.

Die besondere Einwohnerwertung für Stadtstaaten stelle keine Bevorzugung dar, sondern sei Abbild der überproportional hohen Kosten, die in dichtbesiedelten Gebieten erwiesenermaßen entstehen, betonte Scholz. Diese seien vom Bundesverfassungsgericht bereits anerkannt worden und seien in der Höhe durch mehrere Gutachten belegt. Auch Flächenländer gestehen ihren Großstädten eine überproportional hohe finanzielle Ausstattung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs zu.

Rückfragen für die Medien:

Christoph Holstein

Senatssprecher

Tel.: 0404283122 44

Mobil: 01702881809

E-Fax: 040427915143

Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

23. März 2013/pr23

Eröffnung der Internationalen Bauausstellung: Chance für lang anhaltende positive Impulse

Scholz: „Die IBA Hamburg 2013 wird das Gesicht unserer Stadt verändern – weit über die Dauer der Bauausstellung hinaus.“

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz erwartet von der Internationalen Bauausstellung (IBA) lang anhaltende, positive Impulse für den Süderelberaum, die gesamte Stadt und möglicherweise auch die internationale Stadtentwicklung. „Die IBA Hamburg 2013 wird das Gesicht unserer Stadt verändern - weit über die Dauer der Bauausstellung hinaus“, sagte Scholz bei der Eröffnung der IBA am Sonnabend. Die IBA und ihre Projekte hätten aber auch bereits international großes Interesse geweckt. „Ich verspreche mir davon auch ein neues, optimistisches Selbstbewusstsein aller, die im IBA-Bereich leben – und ein neugieriges Staunen im übrigen Stadtgebiet darüber, was sich auf der anderen Seite der Elbe so tut.“

Scholz räumte ein, die Vergangenheit – mit Kriegszerstörung und Sturmflutkatastrophe - habe Hamburgs Süden viel abverlangt. Jetzt eröffne sich für Wilhelmsburg eine Perspektive „weg vom lange vergessenen Stadtteil und hin zu einem Raum, in dem man gern lebt, arbeitet und wohnt. In dem man einkauft, seine Freizeit verbringt, Sport treibt, Freundschaften und Hobbys pflegt“.

Scholz betonte, das übergeordnete Ziel für Wilhelmsburg sei eine Aufwertung ohne Verdrängung der alteingesessenen Bevölkerung. Der nach dem Regierungswechsel 2011 erfolgreich belebte Wohnungsbau, angeschobene Verkehrsprojekte, die *Bildungsoffensive Elbinsel* und die bereits zunehmende Nachfrage durch Immobilieninvestoren zeige, „dass Hamburg mit der IBA schon jetzt eine dauerhafte Entwicklung angestoßen hat, von der wir alle profitieren“.

Mit der Eröffnung der IBA erlebe ein Prozess seinen vorläufigen Höhepunkt, „der weit über die Elbinsel und die Grenzen Hamburgs hinaus von Bedeutung“ sei. Stadtentwickler und Stadtentwicklungspolitik müssten heute Ansprüche an Mobilität ebenso im Blick behalten wie den demografischen Wandel und den Klimawandel. „Die Internationale Bauausstellung hier in Hamburg hat all das zum Thema - mit dem Ziel, Lebensqualität und Wachstum zu vereinen. Wie die Bedürfnisse einer großen Stadt im 21. Jahrhundert in ökonomischer, ökologischer und sozialer Balance erfüllt werden können, dafür liefert die IBA Anregungen und Anstöße mit mehr als 60 bautechnischen, sozialen und kulturellen Projekten und Programmen“, sagte der Erste Bürgermeister.

Scholz betonte in diesem Zusammenhang die Vorreiterrolle der großen Städte: Für Hamburg etwa erwarteten Soziologen und Stadtplaner erwarteten einen Bevölkerungszuwachs von derzeit 1,8 Millionen auf 1,9 Millionen innerhalb des nächsten Jahrzehnts. Da Hamburg sich aber – anders als

andere Städten –nicht räumlich ausdehnen könne, kämen anspruchsvolle Aufgaben auf die Stadtentwickler zu. „So unterschiedlich die Viertel auch sind – die grundlegende Herausforderung an Politik und Stadtentwicklung ist überall die gleiche: nämlich die Balance zu wahren zwischen den unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen. Platz für Arbeit zu schaffen, für Industrie, Handel und Dienstleistung und gleichzeitig den Wohnraum lebenswert zu erhalten.“

Rückfragen der Medien

Christoph Holstein

Senatssprecher

Tel.: 0404283122 44

Mobil: 01702881809

E-Fax: 040427915143

Mail: Christoph.Holstein@sk.hamburg.de

Terminkalender

Vom 3. April bis 5. April 2013

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Mittwoch, den 03.04.2013

ganztägig

Mumbai, Indien

Staatsrat Wolfgang Schmidt reist vom **3. – 5. April 2013 nach Mumbai (Indien)**, um an der Eröffnung der SMM India (Internationale Messe für Schiffbau, Maschinen und Meerestechnik) teilzunehmen und dort ein Grußwort zu sprechen sowie weitere Gespräche mit Wirtschaftsvertretern zu führen.

11:00

Handelskammer, Börsensaal

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks eröffnet den **9. Gesundheitstag der Hamburger Wirtschaft** mit einem Grußwort.

12:30

Rathaus, Bürgermeistersaal

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks **unterzeichnet eine gemeinsame Erklärung zum Klinischen Krebsregister mit Verbänden und Krankenkassen.**

13:00

Übersee-Club e.V., Neuer Jungfernstieg 19

Senatorin Jana Schiedek hält einen **Vortrag zur Geschlechterquote** beim Rotary-Club Hamburg-Lombardsbrücke.

Donnerstag, den 04.04.2013

10:00

Hanseatisches Oberlandesgericht, Sievekingplatz 2

Senatorin Jana Schiedek spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung der Ausstellung „Der Prozess um den 20. Juli – Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer und die Befreiung vom Stigma des Landesverrates“.**

Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt teil.

11:30

Blättnerring 18, Harburg

Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort zum **Richtfest des „Hospiz für Hamburgs Süden“** des Deutschen Roten Kreuzes Hamburg-Harburg.

16:00

Hanseatisches Oberlandesgericht, Sievekingplatz 2

Senatorin Jana Schiedek hält eine Rede anlässlich **der Mitgliederversammlung des Hamburgischen Richtervereins.**

18:00

Handelskammer Hamburg, Albert-Schäfer-Saal, Adolphsplatz 1

Senatorin Jana Schiedek und Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nehmen an der **Verleihung des Helga-Stödter-Preises** teil.

18:00

Friedrich-Ebert-Stiftung, Rathausmarkt 5

Staatsrat Michael Sachs hält einen Einführungsvortrag anlässlich des **Workshops zum Thema Wohnungsbau.**

18:30

Rathaus, Bürgermeistersaal

Staatsrätin Elke Badde spricht ein Grußwort anlässlich des **Kongresses der**

„International Society of Orthopaedic Centers“.

19:00 Im Oberhafen, Halle 4, Tor 25/27, Stockmeyerstraße 43
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht ein Grußwort anlässlich der
Preisverleihung des Wettbewerbs „Bau dir deine Uni!“ an Studierende der
HafenCity Universität Hamburg.

Freitag, den 05.04.2013

ganztätig Saudi Arabien, Oman
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks besucht vom 5.- 10.04.13 im Rahmen einer
Delegationsreise der Gesundheitswirtschaft Saudi Arabien und den Oman.

09:00 Hotel Grand Elysée
Staatsrätin Elke Badde spricht ein Grußwort beim **HAWARD-Fürstenberg
Symposium „Deutschland 2030 – Unternehmen zukunftsfähig gestalten“**

10:00 Rathaus, Bürgermeistersaal
Senator Michael Neumann und Staatsrat Volker Schiek nehmen an der
Innenministerkonferenz der A-Länder teil.